

Der schnellste Weg aus der Budgetkrise



Die Staatsschulden sind rasant gestiegen, das Defizit wächst. Österreich muss rasch Maßnahmen setzen, um das Budget zu sanieren. Aber wie soll das gehen, ohne die Wirtschaftskrise zu verschärfen? Die Agenda Austria hat ein Konzept erarbeitet, mit dem der Staat schon im kommenden Jahr knapp 11 Milliarden Euro einsparen kann. Bis zum Ende des Jahrzehnts sind es mehr als 30 Milliarden.

Sigmund Freud hätte vermutlich seine helle Freude daran gehabt, österreichische Politiker des Jahres 2024 auf seine Therapeutencouch zu legen. Wie das Prinzip „Verdrängung“ funktioniert, bekommt man in freier Wildbahn ja selten so deutlich zu sehen: Vor der Wahl war die ÖVP noch felsenfest davon überzeugt gewesen, dass das Budget solide sei und man im Zweifel aus finanziellen Engpässen einfach herauswachsen könne. Sparen sei nicht nötig, erklärte der Bundeskanzler. Das Wahlprogramm der Sozialdemokraten wiederum suggerierte, dass man einfach bei ein paar ominösen Reichen an die Tür klopfen und deren Reserven anschließend ins Finanzministerium transportieren müsse. Einzig die NEOS hatten ein Konsolidierungsvorhaben im Wahlprogramm – das nun auch die anderen Parteien gut brauchen könnten.

Denn nach der Wahl stellte sich heraus, dass die Staatsfinanzen doch nicht so solide sind, wie vorher behauptet wurde. Im Wochenrhythmus steigen seit her die Einschätzungen zur Neuverschuldung. Mittlerweile herrscht auch unter den angehenden Regierungsparteien Einigkeit, dass es schwierig werden wird, ein Budget zusammenzubringen. Sogar Bundeskanzler Nehammer sprach zuletzt von der Notwendigkeit einer Ausgabenbremse.

Verdrängung funktioniert nicht auf Dauer. Sigmund Freud hat das schon immer gewusst.

Schon das Budget im Herbst 2023 war mit einer geplanten Neuverschuldung von 2,7 Prozent für das Jahr 2024 bei damals noch positiven Wachstumserwartungen alles andere als ambitioniert. Mittlerweile wurde noch deutlich mehr Geld ausgegeben als damals erwartet. Das Defizit des laufenden Jahres wird aller Voraussicht nach bei rund vier Prozent des BIP liegen.¹ Allein die Einhaltung der neuen europäi-

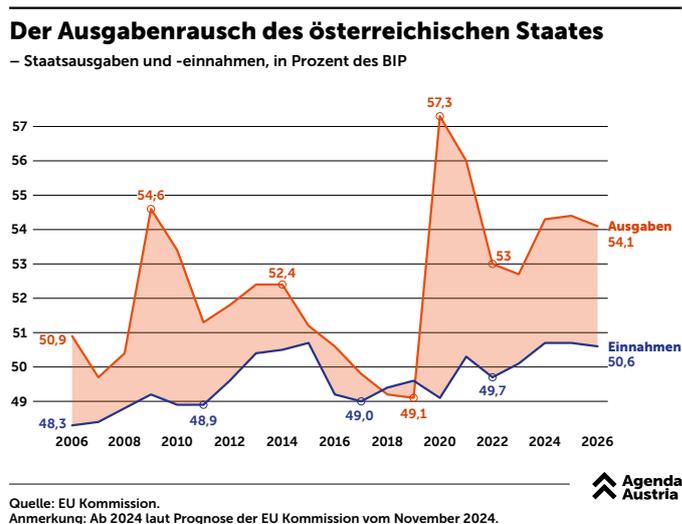
¹ Fiskalrat (2024).

schen Fiskalregeln² schafft einen Konsolidierungsbedarf von über vier Milliarden Euro pro Jahr. Für einen ausgeglichenen Haushalt fehlen rund 20 Milliarden Euro jährlich. Wir von der Agenda Austria wollen nun der Politik Arbeit – und die Suche nach Ausreden – ersparen und haben aufbereitet, wo die Stellschrauben im Budget zu finden sind. Denn die Zeit drängt.

Der Rausch des Geldausgebens

Obwohl immer wieder gerne das Gegenteil behauptet wird: Nicht die Einnahmen des Staates sind ein Problem (weil zu niedrig), sondern die Ausgaben (weil stets viel zu hoch). Über einen 20-jährigen Zeitraum betrachtet, werden sieben der acht stärksten Ausgabenjahre nach dem Jahr 2019 liegen. Auf der anderen Seite waren die Einnahmen des Staates in Relation zur Wirtschaftsleistung nur ein einziges Mal ähnlich hoch wie 2024. Und die nähere Zukunft bringt keine Besserung, im Gegenteil.

Abb. 1: Der historische Ausgabenrausch



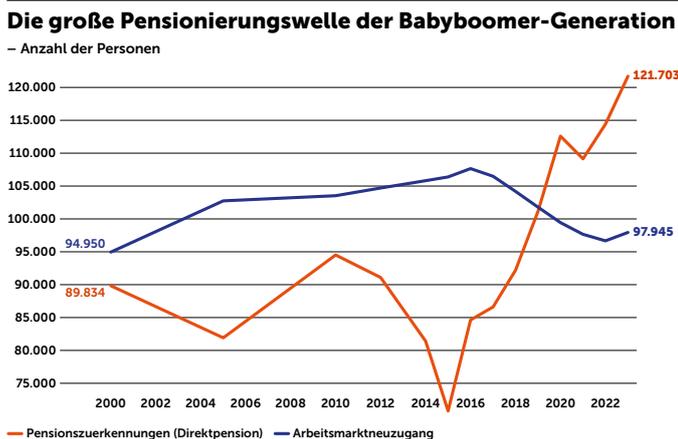
Dies bestätigen auch die Zahlen des Fiskalrats:³ Das höhere Defizit für das Jahr 2025 ist ausschließlich auf höhere Ausgaben und nicht auf niedrigere Einnahmen zurückzuführen. Die Preisentwicklung der vergangenen beiden Jahre spielt dabei eine zentrale Rolle: Zu Beginn bescherte die Inflation dem Fiskus einen wahren Geldregen, den die Regierung umgehend an Mann

² Die neuen Fiskalregeln sollen die Schuldenreduktion individueller und damit realistischer machen. Auch spielen die Primärausgaben – Ausgaben ohne Zinszahlungen – eine gewichtigere Rolle bei der Bewertung, um Fehlentwicklungen besser entgegenzuwirken. Zusätzlich wurden Spielräume für Zukunftsinvestitionen geschaffen. Der wichtigste Punkt, die fehlende Glaubwürdigkeit nach Sanktionen, fehlt aber weiter. Zudem wurden die Regeln so deutlich komplexer.

³ Fiskalrat (2024).

und Maus verteilte. Mit Verzögerung setzten dann die steigenden Kosten ein, doch Maßnahmen zur Stabilisierung des Budgets wurden bisher nicht ergriffen. So stiegen die Gehälter im öffentlichen Dienst in den letzten Jahren deutlich an, und auch die Valorisierung der Sozialleistungen trieb die Kosten in die Höhe.

Abb. 2: Der Exodus hat begonnen

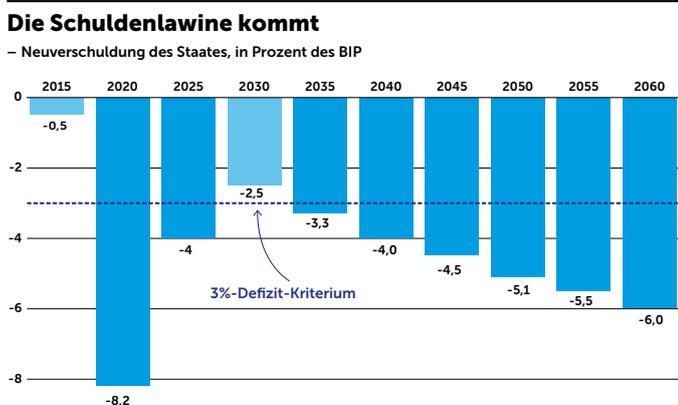


Quelle: Agenda Austria, Statistik Austria, Sozialministerium. Der Arbeitsmarktneuzugang berücksichtigt die nachrückenden Kohorten der 18- bis 24-Jährigen.



Erschwerend kommt hinzu, dass die Veränderung der geopolitischen Lage zusätzliche Ausgaben im Bereich der Verteidigung erfordert, für die nie budgetäre Spielräume eingeplant wurden. Und dann gibt es noch strukturelle Kostentreiber: Seit 2019 verlassen mehr Menschen den Arbeitsmarkt in Richtung Pension, als junge Menschen nachrücken.

Abb. 3: Das drohende Dauerdefizit



Quelle: Agenda Austria, WIFO, BMF, WKO.



Die steigende Zahl der Pensionisten erhöht die Kosten im Budget erheblich. Wie stark die strukturellen Bereiche mittlerweile das Budget belasten, lässt sich aus der langfristigen Budgetprognose des Budgetdienstes gut

ablesen.⁴ Ohne entschlossenes Gegensteuern wird die Situation noch viel ungemütlicher.

Was ein Staat in einer solchen Situationen zu tun hat, wurde wissenschaftlich eindeutig geklärt: Der bekannte italienische Ökonom Alberto Alesina und andere Kollegen haben gezeigt, dass Staatshaushalte nur ausgabenseitig zu sanieren sind. Zusätzliche Einnahmen beheben hingegen die Ursache für das Defizit nicht und sind damit seltener erfolgreich.⁵ Mit der richtigen Konsequenz und Nachhaltig können Einsparungen das Vertrauen in die Wirtschaft zurückbringen⁶ und sind daher auch für die Konjunktur verträglicher als neue Steuern.⁷ Auch die nun häufig geäußerte Forderung, das Budget erst einnahmenseitig und anschließend ausgabenseitig zu sanieren, haben laut Forschungsergebnissen deutlich schlechtere Aussichten auf Erfolg.⁸ Das alles ist keineswegs neu und auch der Politik hinlänglich bekannt. Aber offenbar ist es bequemer, den Bürgern und Unternehmen noch etwas mehr Geld abzunehmen, als endlich den Kaufrausch des Staates zu bekämpfen.

Wo mit der Therapie beginnen?

Am besten bei den Staatsausgaben. Wann immer in Österreich von Einsparungen die Rede ist, setzt sich allerdings eine interessante Argumentationsspirale in Gang: Zu Beginn sind sich alle Experten einig, dass das Hochsteuerland Österreich nicht an zu niedrigen Einnahmen laboriert, sondern an zu hohen öffentlichen Ausgaben. Wer nun glauben sollte, dass der beliebte Staat mit einer fettarmen Schonkost in die Spur zu bringen wäre, arbeitet mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in keinem der großen Wirtschaftsforschungsinstitute. Deren Ökonomen schlagen nämlich vor, das Problem überschießender Staatsausgaben zuerst einmal mit höheren Steuern aus der Welt zu schaffen. Seit Wochen haben die Ökonomen des Landes ständig neue Ideen, wie der Staat den Bürgern noch ein paar Tausender mehr aus den Taschen ziehen könnte. Über höhere Tabak-, Alkohol- und Mineralölsteuern zum Beispiel. Oder über eine erhöhte Grundsteuer, die ohnehin viel zu niedrig sei. Während gekürzte Staatsausgaben die Konjunktur abwürgen könnten, wie es heißt, gelten höhere Steuern offenbar als risikolos. Deshalb stehen am Ende jeder Einsparungsdebatte in Österreich zuverlässig höhere Steuern und Staatsausgaben.

⁴ Budgetdienst (2022).
⁵ Alesina & Ardagna (2010), Alesina & Perotti (1995), Alesina & Perotti (1997), Blöchliger et al. (2012), OECD (2012).
⁶ Bartolini et al. (1995), Bertola & Drazen (1993).
⁷ Hagen et al. (2001).
⁸ Zaghini (2001).

Abb. 4: Eine Konsolidierung in fünf Schritten

Einsparungen zur Budgetkonsolidierung

in Mio. Euro	2025	2026	2027	2028	2029
Sofortmaßnahmen					
Klima					
Abschaffung Überförderung Klimabonus	780	770	0	0	0
Einsparung Klimaticket	400	400	400	400	400
Einsparung grüne Transformation Unternehmen	500	500	500	500	500
Rücknahme der Erhöhung der Pendlerpauschale aus 2013	200	190	190	180	180
Abschaffung Dieselprivileg	500	500	500	500	500
Abschaffung MwSt-Vergünstigung erneuerbare Energie	200	200	200	200	200
Sozialstaat					
Abschaffung Geringfügigkeit	700	700	700	700	700
Notstandshilfe: Partnereinkommen wieder anrechnen	100	100	100	100	100
Abschaffung Bildungskarenz	730	880	1.070	1.070	1.070
Ausgleich für Überanpassungen der Pensionen seit 2009	1.120	1.150	1.170	1.170	1.170
Unternehmensförderungen					
Schrittweise Reduktion der (Über-)Förderung	1.050	2.800	4.550	6.300	6.300
Staat					
Lohnzurückhaltung öffentlicher Dienst	0	0	900	1.800	1.760
Kürzung staatlicher Werbeausgaben	200	190	190	180	180
Ressorteneinsparungen Bund	3.200	6.400	6.860	7.590	7.440
Reduktion des Finanzausgleich	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
Stukturelle Maßnahmen					
Schrittweise Anhebung Pensionsantrittsalter auf 67		1.250	2.500	3.750	5.000
Einsparung Gesundheit		500	1.500	3.000	5.000
Summe	10.680	17.530	22.330	28.440	31.500

Dieser Kreislauf muss durchbrochen werden. Wir von der Agenda Austria haben deshalb eine Kürzungsliste ausgearbeitet, mit deren Hilfe sich die Ausgaben des Staates wieder in Richtung Vorkrisenniveau bewegen. Nicht in absoluten Zahlen, sondern in Relation zur jährlichen Wirtschaftsleistung. Österreich würde immer noch mehr ausgeben als in den Jahren zuvor, aber eben etwas weniger mehr als geplant. Auf diese Art und Weise ließen sich allein im kommenden Jahr knapp 11 Milliarden Euro einsparen, ohne die Konjunktur noch tiefer in den Keller zu schicken. Damit wäre die Neuverschuldung halbiert und Österreich könnte das von der EU-Kommission drohende Defizitverfahren umgehend ad acta legen.

Damit könnte Österreich nicht nur die Maastricht-Kriterien wieder einhalten, sondern spätestens ab 2027 das Problem dauerhaft beheben – mit einer Ausgabenbremse nach dem Vorbild der Schweiz. Noch wichtiger ist aber ein Punkt, der momentan in der Debatte völlig untergeht: Einsparungen führen noch zu keiner Modernisierung des Landes, viele Baustellen bleiben. Um den Standort wieder attraktiver zu machen, sind begleitende Maßnahmen notwendig. Auch hier haben wir eine Idee parat: Wie wäre es mit einer Flat Tax auf Arbeitseinkommen – damit sich Arbeiten finanziell wieder lohnt?

Hier unsere Vorschläge im Detail:

Effiziente Klimapolitik.

— Der zu gut gemeinte **Klimabonus**: Klimapolitik ist für viele Bürger ein wichtiges Anliegen. Dennoch ist es fahrlässig, Steuergeld für ineffiziente Prestige-Projekte zu verjubeln. Etwa für den Klimabonus. Zwar ist es grundsätzlich richtig, dass durch die CO₂-Bepreisung hereingespielte Geld nicht im Budget versickern zu lassen, sondern an die Bürger zu refundieren. Die Regierung gibt aber knapp 800 Millionen Euro im Jahr mehr zurück, als sie über die CO₂-Bepreisung einnimmt. Entweder verschätzt sich das Klimaschutzministerium bei den Einnahmen gewerbsmäßig, oder den Bürgern wird bewusst mehr Geld geschenkt. Die Überzahlung ist zu streichen. **Einsparung: 780 Millionen Euro im Jahr 2025.**⁹

— Eines der großen, sehr teuren Prestigeprojekte ist das **Klimaticket**. Doch insbesondere das Gratis-Ticket für 18-Jährige ist mehr eine PR-Maßnahme der Bundesregierung auf Kosten der Steuerzahler als eine effektive

Klimaschutzmaßnahme. Generell kostet eine Tonne eingespartes CO₂ über das Klimaticket besonders viel Geld, weshalb die Subventionierung um die Hälfte zu kürzen ist. **Einsparung: 400 Millionen Euro** (120 Millionen davon entfallen auf die Streichung des Gratis-Tickets für 18-Jährige).

— **Großflächige Förderungen** gibt es für Unternehmen, die in eine effizientere Energienutzung investieren. Das ist angesichts der hohen Energiepreise absurd. Abgesehen davon haben Unternehmen über die CO₂-Abgaben ohnehin einen Anreiz, Energie zu sparen. Warum sollten die Steuerzahler das auch noch unterstützen? Diese Förderungen an Unternehmen gehören beseitigt. **Einsparung: 500 Millionen Euro.**

Die Bildungskarenz ist eine von der Allgemeinheit bezahlte Auszeit für Besserverdiener.

— Dasselbe gilt für die **Mehrwertsteuer-Befreiung von Photovoltaik-Anlagen und Wärmepumpen**. Wenn sich diese Anlagen bei den hohen Energiepreisen nicht rechnen, wann dann? Die Mehrwertsteuerbefreiung ist zu streichen. **Einsparung: 200 Millionen Euro.**

— Alles in allem ergibt das im Klimabereich ein **Einsparungsvolumen von jährlich bis zu 1,7 Milliarden Euro**. Hier muss sich die Bundesregierung ohnehin auf einen Einnahmenschwund vorbereiten. Mit dem Übergang der CO₂-Bepreisung auf das europäische Zertifikate-System ETS-2 gehen alle Einnahmen aus diesem Titel ab 2027 nach Brüssel. Um das zu kompensieren, könnte Österreich die **Reform der Pendlerpauschale von 2013** rückgängig machen und damit zumindest **rund 200 Millionen Euro** im Jahr einsparen.¹⁰ Eine höhere Besteuerung von Diesel (**Streichung des Diesel-Privilegs**) brächte **500 Millionen Euro**, auch wenn diese Maßnahme den Charakter einer Steuererhöhung hat.

⁹ Zu 2024er Preisen.

¹⁰ Mit der Reform wurde das Pendlerpauschale auch auf Teilzeitbeschäftigte (aliquot) ausgeweitet. Hinzu kommt ein neu eingeführt „Pendlereuro“ (1 Euro pro Kilometer Arbeitsweg). Außerdem können Arbeitgeber mit dem „Jobticket“ den Angestellten eine steuerbegünstigte Öffis-Karte bereitstellen.

Den Sozialstaat zart verschlanken.

— **Abschaffung der geringfügigen Beschäftigung:** Dieses Angebot wurde eingeführt, um Menschen ohne Job ein Sprungbrett zurück in den Arbeitsmarkt zu legen. Zusätzlich zur staatlichen Unterstützung können sie monatlich 518 Euro dazuverdienen, für die weder Steuern noch Sozialabgaben fällig werden. Eine gute Idee, die nur leider dazu führt, dass viele Arbeitssuchende keine Vollzeitstelle annehmen, sondern in der Geringfügigkeit verharren.¹¹ Steigt das Arbeitseinkommen über die Grenze, entsteht nämlich ein enormer Einkommensverlust. Ein Durchschnittsverdiener müsste 29 Stunden in der Woche arbeiten, um mehr zu verdienen als mit Arbeitslosenschädigung und geringfügiger Beschäftigung. Die Regelung wirkt also kontraproduktiv und ist zu streichen. **Einsparung: 700 Millionen Euro.**

— **Partnereinkommen bei der Notstandshilfe wieder anrechnen:** Der Fokus im Sozialbereich sollte in einer hohen Treffsicherheit liegen. Die Abschaffung der Anrechnung des Partnereinkommens bei der Notstandshilfe ist genau das Gegenteil davon. Es lässt sich nur schwer zu erklären, warum der Steuerzahler loyaler sein sollte als der Lebensgefährte. **Einsparung: 100 Millionen Euro.**

— **Bildungskarenz ersatzlos streichen.** Jeder Bürger ist aufgerufen, lebenslanges Lernen als Bestandteil seiner beruflichen Laufbahn zu betrachten. Nur wer bereit ist, sich immer wieder mit Neuem vertraut zu machen, kann langfristig Erfolg haben. Um möglichst vielen unselbständig Beschäftigten die Chance zu geben, diese Anforderungen zu erfüllen, beschloss Österreich 1998 die Einführung der Bildungskarenz. Zielgruppe waren vor allem schlecht ausgebildete, niedrig qualifizierte Arbeitnehmer mit entsprechend geringem Einkommen. Heute wissen wir: Die Bildungskarenz ist vor allem eine von der Allgemeinheit bezahlte Auszeit für Besserverdiener und Hochgebildete.¹² Das ist der Steuerzahlenden Bevölkerung nicht länger zuzumuten, die Bildungskarenz sollten die Unternehmen und jene Beschäftigten übernehmen, die sich weiterbilden wollen. **Einsparung: 730 Millionen Euro im Jahr 2025.**

Die Wahlgewinne an die Pensionisten beenden.

— Es hat in Österreich Tradition, die wichtige Gruppe der Pensionisten in Vorwahlzeiten besonders großzügig zu behandeln. Neben den gesetzlich vorgesehenen Pensionserhöhungen gibt es oft noch weitere Zuwendungen. Allein diese Maßnahmen aus den vergangenen 15 Jahren führen zu Mehrkosten im Milliardenbereich. Darunter fallen Pensionserhöhungen über das gesetzliche Ausmaß hinaus genauso wie die Abschaffung der Wartefrist (Pensionisten bekommen also schon im Jahr ihrer Pensionierung eine Anpassung der Einkünfte) und der Frühstarterbonus (Abschaffung von Abschlägen bei 45 Beitragsjahren). Um die Sanierung des Staatshaushalts nicht nur den aktiven Menschen umzuhängen, braucht es auch eine Beteiligung bei den Pensionisten. Deshalb soll der Frühstarterbonus abgeschafft und die Wartefrist wieder eingeführt werden. Bei künftigen Pensionsanpassungen sind die außertourlichen Erhöhungen der vergangenen 15 Jahre zu verrechnen. **Volumen: 1,1 Milliarden Euro im Jahr 2025.**

 **Eine Marktwirtschaft braucht Preissignale und nicht einen Staat, der alles und jeden fördert.**

(Über-)Förderungen für Unternehmen streichen.

— Der Wirtschaftsmotor in Österreich will seit der Corona-Pandemie nicht mehr wirklich anspringen. Da helfen auch die rekordverdächtigen Fördervolumen des Staates nicht. Im europäischen und auch im historischen Vergleich sind die Leistungen von Bund, Ländern und Gemeinden üppig. Doch die staatlichen Hilfen richten mittlerweile mehr Schaden an, als sie nützen. Eine Marktwirtschaft braucht Preissignale und Wettbewerb und nicht einen Staat, der alles und jeden fördert. Allein schon die schrittweise Rückführung des Fördervolumens in Relation zur Wirtschaftsleistung auf das Niveau der Vorkrisen-Jahre entlastet das Budget kräftig.¹³ Im ersten Jahr sollte die Überförderung gegenüber 2019 um 25 Prozent, im zweiten Jahr um 50 Prozent, im dritten Jahr um 75 und im vierten um 100 Prozent reduziert werden. **Einsparung: 1,1 Milliarden Euro im Jahr 2025, 6,3 Milliarden Euro ab 2028.**

¹¹ Agenda Austria (2022).

¹² Agenda Austria (2024a).

¹³ Agenda Austria (2024b).

Sparen beim Staat.

— **Lohnzurückhaltung im öffentlichen Dienst:** Es gibt wenige Arbeitgeber die so sichere und krisenfesten Arbeitsplätze anbieten wie der Staat selbst. Dennoch gehören Beamte mittlerweile zu den Bestverdienern im Land und bekommen überdies einen fürstlichen Ruhegenuss. Eben erst hat die Politik die Gehälter im öffentlichen Dienst für die kommenden Jahre wieder deutlich erhöht. Obwohl die Abschlüsse der vergangenen Jahre mit über neun und sieben Prozent im öffentlichen Dienst höher lagen als in vielen anderen Branchen. Die Mehrbelastung für das Staatsbudget geht dabei in die Milliarden. Hier muss ab 2027 gegengesteuert werden; eine Aussetzung der Gehaltsanpassungen ist notwendig. **Einsparung: 900 Millionen (2027).**

— **Kürzung der staatlichen Werbeausgaben.** Im ersten Halbjahr 2024 hat die öffentliche Hand für Werbung mehr ausgegeben wie im gesamten Jahr 2023. Die Werbeausgaben sind zumindest auf dieses Niveau zurückzuführen, also zu halbieren. **Einsparung: Mindestens 200 Millionen Euro im Jahr 2025.**

— **Ausgaben der Bundesressorts einbremsen.** In den meisten Ministerien stiegen die Ausgaben zwischen 2020 und 2024 deutlich schneller als die Inflation (ohne Berücksichtigung der Corona-Hilfen). Fällt auch nur ein kleiner Teil dieser zusätzlichen Ausgaben weg, lassen sich hohe Beträge einsparen, ohne wichtige Bereiche wie Forschung oder Landesverteidigung anzutasten. **Einsparung: 3,2 Milliarden Euro (ohne Pensionen) im Jahr 2025.**

— **Den Finanzausgleich stützen.** Der Bund nimmt den Bürgern das Geld ab (in Form von Steuern), Landes- und Gemeindepolitiker dürfen einen großen Teil davon ausgeben: So funktioniert Föderalismus in Österreich, und das macht ihn zu einem extrem teuren System. Bei den bisher letzten Finanzausgleichsverhandlungen 2023 legte der Bund wieder eine Milliarde obendrauf, damit die Länder in die Zukunft investieren können. Ob sie das wirklich tun, oder das Geld für andere Dinge ausgeben, ist ungewiss; eine Verpflichtung gibt es nicht. Daher sollte die kommende Regierung dieses Zugeständnis des Bundes wieder zurücknehmen. Im Gegenzug sollten die Länder aber mehr Autonomie bei der Einhebung von Steuern bekommen.¹⁴

Bei Bedarf könnten sie dann lokal höhere Zuschläge auf bestehende Steuern einheben. **Einsparung: Eine Milliarde Euro pro Jahr.**

Den Staatshaushalt strukturell entlasten.

Neben diesen schnellen Einsparungen braucht das Land aber auch strukturelle Anpassungen. Und diese sollten ebenfalls jetzt auf den Weg gebracht werden.

— **Schrittweise Erhöhung des Pensionsantrittsalter auf 67 Jahre.** Es ist kein Geheimnis, dass die Österreicher immer älter werden, die geburtenstarken Jahrgänge den Arbeitsmarkt verlassen und weniger junge Menschen nachkommen, die obendrein immer öfter in Teilzeit arbeiten. Die Finanzierung des Pensionssystems wird also immer schwieriger. Zuletzt fehlten bereits 30 Milliarden Euro pro Jahr, die aus dem Bundesbudget beglichen werden müssen. Tendenz: steigend. Daher sollte Österreich ab 2026 das gesetzliche Pensionsantrittsalter schrittweise um sechs Monate und damit bis 2029 auf 67 Jahre anheben.¹⁵ Begleitet werden muss dies mit entsprechenden Zu- und Abschlägen bei Aufschub der Pension beziehungsweise Frühpensionierung. **Das würde das Budget im Jahr 2026 um 1,3 Milliarden Euro, ab 2029 um fünf Milliarden pro Jahr entlasten.**¹⁶ Anschließend sollte das Antrittsalter an die Lebenserwartung gekoppelt werden, um das System stabil zu halten. **Die Einsparungen sind gewaltig: von zwei Milliarden zu Beginn, bis zu zehn Milliarden Euro pro Jahr auf längere Sicht.**

— **Schrittweise Modernisierung im Gesundheitssystem.** Das österreichische Gesundheitssystem ist im internationalen Vergleich teuer. In Relation zur Wirtschaftsleistung geben wir rund einen Prozentpunkt mehr Geld aus als der Durchschnitt in der EU. Neben dem schon erwähnten Föderalismus kann durch präventiv wirkende Maßnahmen im System viel Geld gespart werden. Die ambulante Versorgung sollte gegenüber der teureren stationären Versorgung gestärkt werden. Zudem müsste verstärkt auf die digitale Diagnostik gesetzt werden. In einem ersten Schritt sind Einsparungen von rund 500 Millionen Euro im Jahr 2026 zu realisieren. **Bis 2029 steigt das Volumen auf fünf Milliarden Euro pro Jahr an.**

¹⁴ Agenda Austria (2015).

¹⁵ Agenda Austria (2014).

¹⁶ Zu Preisen von 2024.

Eine Ausgabenbremse nach Schweizer Vorbild.

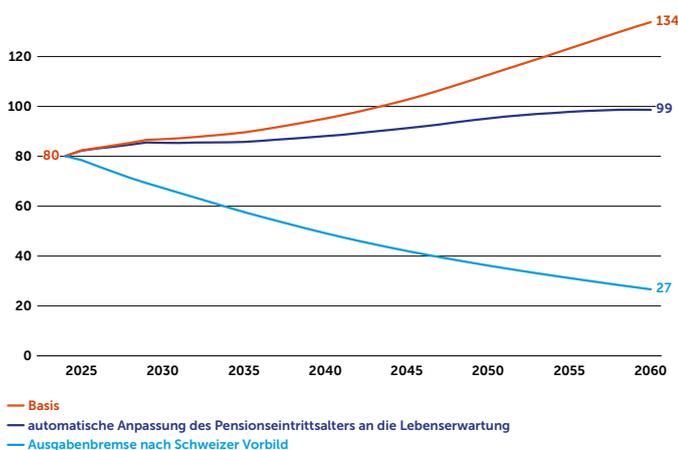
Ohne Reformen werden die Schulden Österreichs bis 2060 auf über 130 Prozent des BIP ansteigen.¹⁷ Selbst mit einer Anpassung des Pensionsantrittsalters an die Lebenserwartung würde die Schuldenquote auf knapp 100 Prozent anwachsen.¹⁸ Um die österreichische Bevölkerung schon heute vor griechischen Verhältnisse zu bewahren, braucht das Land eine Ausgabenbremse – am besten nach dem Vorbild der Schweiz. Auch die Nachbarn hatten ihr Budget früher nicht gut im Griff. Die Schuldenquote war Mitte der 1990er-Jahre binnen zehn Jahren um zehn Prozentpunkte auf fast 60 Prozent des BIP gestiegen. In einer Volksabstimmung votierten 80 Prozent der Schweizer für eine Beschränkung der Politik des Schuldenmachens.

Der Erfolg ist beeindruckend.¹⁹ Die Verschuldung der Schweiz liegt mit knapp 40 Prozent nur mehr bei der Hälfte des österreichischen Werts. Das einfache Prinzip: Die öffentlichen Ausgaben dürfen nicht höher sein als die erwarteten Einnahmen. Neue Schulden gibt es nur, wenn die Einnahmen geringer ausfallen, als erwartet oder die Ausgabenbremse in einer Krise gelockert wird. In beiden Fällen müssen aber auch diese Schulden durch Einsparmaßnahmen in der Folge kompensiert werden. Gemäß Berechnungen der Agenda Austria ließe sich so auch der österreichische Schuldenberg bis 2050 auf unter 40 Prozent des BIP senken.

Abb. 5: Solide Staatsfinanzen dank Ausgabenbremse

Langfristige Budgetperspektive

– Staatsverschuldung, in Prozent des BIP



Quelle: Agenda Austria, WIFO, Budgetdienst, Alterssicherungskommission.



¹⁷ Budgetdienst (2022).

¹⁸ Alterssicherungskommission (2024).

¹⁹ Salvi et al. (2020).

Reformpotenzial bleibt hoch

Wenn die kommende Regierung ihre Hausaufgaben in den Staatsfinanzen erfolgreich abgeschlossen hat, beginnt die eigentliche Arbeit. An Reformbedarf im Land fehlt es bekanntlich nicht. Neben einer effizienteren Organisation des föderalen Staates gibt es Potenzial auf dem Arbeitsmarkt, im Sozialsystem (insbesondere in der Pflege), im Bildungswesen und in der Wirtschaft.²⁰ Ohne Entlastung bleibt Österreich ein Hochsteuerland. Besonders für Vollzeitbeschäftigte leiden stark unter den enormen Abgaben. Aber die Sanierung des Budgets muss der erste Schritt sein.

Literatur

Agenda Austria (2014). Elchtest im Pensionssystem. Online verfügbar unter: <https://www.agenda-austria.at/publikationen/elchtest-pensionssystem/> (abgerufen am 28.11.2024).

Agenda Austria (2015). Macht braucht Verantwortung! Online verfügbar unter: <https://www.agenda-austria.at/publikationen/macht-braucht-verantwortung/> (abgerufen am 28.11.2024)

Agenda Austria (2022). Fehler im System: Warum sich Arbeit oft nicht lohnt. Online verfügbar unter: <https://www.agenda-austria.at/publikationen/fehler-im-system-warum-sich-arbeit-oft-nicht-lohnt/> (abgerufen am 28.11.2024).

Agenda Austria (2024a). Bildungskarenz: Ich bin dann mal weg! Online verfügbar unter: <https://www.agenda-austria.at/publikationen/bildungskarenz-ich-bin-dann-mal-weg/> (abgerufen am 28.11.2024).

Agenda Austria (2024b). Eine Ausgabenbremse für den Staatshaushalt. Online verfügbar unter: <https://www.agenda-austria.at/publikationen/eine-ausgabenbremse-fuer-den-staatshaushalt/> (abgerufen am 28.11.2024).

Agenda Austria (2024c). Plan A für Österreich. Online verfügbar unter: <https://www.agenda-austria.at/der-plan-a-fuer-oesterreich/> (abgerufen am 28.11.2024).

Alesina, Ardagna (2010). Large Changes in Fiscal Policy: Taxes versus Spending, Tax Policy and the Economy, 24, 35-68.

Alesina, A., Perotti, R. (1995). Fiscal Expansions and Fiscal Adjustments in OECD Countries. Economic Policy, 21, pp. 205-248.

²⁰ Agenda Austria (2024c).

- Alesina, A., Perotti, R. (1997).** Fiscal Adjustments in OECD: Composition and Macroeconomic Effects. IMF Staff Papers, 44(2), pp. 210-248.
- Alterssicherungskommission (2024).** Langfristgutachten. Online verfügbar unter: <https://www.sozialministerium.at/Themen/Soziales/Sozialversicherung/Alterssicherungskommission.html> (abgerufen am 30.11.2024).
- Bartolini, L., Razin, A., Symansky, S. (1995).** G-7 fiscal restructuring in the 1990s: macroeconomic effects. Economic Policy, pp. 111-146.
- Bertola, G., Drazen, A. (1993).** Trigger Points and Budget Cuts: Explaining the Effects of Fiscal Austerity. American Economic Review, 80, pp. 11-26.
- Blöchliger, Song, Sutherland (2012).** Case studies of large fiscal consolidation episodes, OECD Economics Department WP 935.
- Budgetdienst (2022).** Langfristige Budgetprognose. Analyse. Online verfügbar unter: <https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/budget/BD-Langfristige-Budgetprognose-2022.pdf> (abgerufen am 28.11.2024).
- Fiskalrat (2024).** Budgetausblick 2024 und 2025: Schnelleinschätzung des Büros des Fiskalrat. Online verfügbar unter: https://www.fiskalrat.at/dam/jcr:dd23b5c7-fd37-40a5-92e8-ba188db5d-b9b/2024_11_Pressetext_Schnellschätzung_FISK-Büro_final.pdf (abgerufen am 28.11.2024).
- Hagen, J. von, Hughes Hallett, A., Strauch, R. (2001).** Budgetary Consolidation in EMU. Europäische Union, Economic Papers 148.
- OECD (2012).** Fiscal consolidation: How much, how fast and by what means? OECD Policy Paper Series, No. 1.
- Salvi, M., Schaltegger, C., Schmid, L. (2020).** Fiscal Rules Cause Lower Debt: Evidence from Switzerland's Federal Debt Containment Rule. Kyklos 73(4): 605-42 .
- Zaghini, A. (2001).** Fiscal adjustments and economic performance: a comparative study. Applied Economics, 33, pp. 613-624.

**Eine wissenschaftliche Publikation
der Agenda Austria**

Herausgeber

Dr. Franz Schellhorn

Autoren

Dr. Dénes Kucsera

Mag. Hanno Lorenz

Begutachtung

PD Dr. Gerhard Reitschuler

Infografiken

Ksenia Pogorelova, MA

Agenda Austria

Türkenstraße 25/1/10

1090 Wien

Österreich

T +43 1 361 99 61-0

office@agenda-austria.at